
Anklageschrift gegen einen Postangestellten wegen "Boykotthetze" während des Volksaufstandes

Ein Postangestellter, der sich mit den Aufständischen des 17. Juni 1953 auf einer Baustelle in Groß Döln solidarisiert und gegen die Regierung geäußert hatte, wurde wegen "Boykotthetze" angeklagt und durch das Bezirksgericht Neubrandenburg zu drei Jahren Haft verurteilt.

Der Bezirk Neubrandenburg war wie die anderen Bezirke im Norden auch kein Zentrum des Volksaufstandes. Ein wichtiger Grund hierfür war die agrarisch geprägte Struktur Mecklenburgs. Zudem gelangten die Nachrichten aus dem Süden der DDR nur langsam bis zur Bevölkerung im Norden. Polizei, MfS und SED waren hier ausnahmsweise besser informiert und konnten sich auf Unruhen vorbereiten.

Trotzdem kam es vereinzelt zu Unruhen. Im Bezirk Neubrandenburg kam es in 29 Städten und Gemeinden zu Aktionen, die von Streiks über Demonstrationen bis hin zu Versuchen reichten, politische Gefangene zu befreien. Einzelne Aktionen wie Forderungen nach Auflösung der LPG (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft), die Abnahme von Bildern führender Mitglieder der Staats- und Parteiführung an öffentliche Stellen oder Solidaritätskundgebungen mit den streikenden Arbeitern und Bauern führten zu Verhaftungen und Verurteilungen.

Am Abend des 17. Juni 1953 legten die Arbeiter auf der Großbaustelle des Flugplatzes in Groß Döln die Arbeit nieder und stellten politische Forderungen auf. Ein Postangestellter, der sich mit den Aufständischen solidarisiert und gegen die Regierung geäußert hatte, wurde wegen "Boykotthetze" angeklagt und durch das Bezirksgericht Neubrandenburg zu drei Jahren Haft verurteilt.

Signatur: BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU, Nr. 76/53, Bd. 2, Bl. 48-51

Metadaten

Diensteinheit: Staatsanwalt des
Bezirk Neubrandenburg

Datum: 30.6.1953
Überlieferungsform: Dokument

Anklageschrift gegen einen Postangestellten wegen "Boykotthetze" während des Volksaufstandes

44

Staatsanwalt
des Bezirkes Neubrandenburg

Neubrandenburg, den 30. 6. 1953
Pasewalker Straße
Telefon 386 und 395

I 220/53
Allen Eingaben ist das vorstehende Az. / Gz. anzugeben

Haftsache!

An das
Bezirksgericht
1. Strassenat
Neubrandenburg

BSU
000048

Eingang 2. 7. 1953
Bezirksgericht
Neubrandenburg

Anklageschrift
(Anlageverfasser St. A. Wegner)

Ich klage an,
den Postangestellten [REDACTED] geb. am
[REDACTED] in Frankfurt/Oder, wohnhaft Templin, [REDACTED]
[REDACTED], ledig, deutsche Staatsangehörigkeit, angeb-
lich nicht vorbestraft, in dieser Sache in U-Haft seit
dem 23.6.1953 in der U-Haftanstalt Neustrelitz,
zu Gross-Dölln am 18.bzw. 19.6.1953
Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen, sowie
Völkerhass bekundet, in Verbindung damit durch Propaganda
für den Nationalsozialismus oder Militarismus, sowie
durch Erfindung und Verbreitung tendenziöser Gerüchte
den Frieden des deutschen Volkes oder den Frieden der
Welt gefährdet zu haben.
Er hat gelegentlich der Arbeitsniederlegung verschiede-
ner Werktätiger in Gr. Dölln den Standpunkt vertreten,
dass sich die Regierung fügen müsse, wenn die Werktä-
tigen nicht wollen und dabei betont, dass es richtig
sei, wenn die Arbeiter endlich aufgestanden sind, um
sich von der Unterdrückung zu befreien. Er betonte
weiter, dass niemand das Recht habe, die Arbeiter zur
Arbeit aufzufordern, denn wenn der Ausnahmezustand ver-
hängt sei, bestehe auch keine Regierung mehr, es müs-
ten gesamtdeutsche Wahlen zu mindestens durchgeführt
werden und die Arbeiter, die die Arbeit wieder aufnehmen
würden den in Berlin streikenden Arbeitern in den Rück-
ken fallen. Er betonte darüberhinaus, dass die SED

Folter 11/12/18 Bf 685 - 53

Signatur: BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU, Nr. 76/53, Bd. 2, Bl. 48-51

Blatt 48

Anklageschrift gegen einen Postangestellten wegen "Boykotthetze" während des Volksaufstandes

45
Blatt2..

bei der nächsten Wahl nicht soviel Stimmen erhalten werde, wie sie an Mitgliedern zählt und dass die Besatzungstruppen abziehen sollen, damit die Werktätigen endlich vernünftig leben können. Darüberhinaus äusserte er weiter, dass die Rote Armee in Berlin die Arbeiter niederschiesse.

- Verbrechen bezw. Vergehen nach Art. 6 der Verfassung in Verbindung mit der K.D. 38. Abschn. II ART. IIIAIII

Beweismittel: a) Einlassungen des Beschuldigten
b) Zeugen:

BSU
000049

1. [REDACTED], Bl. 26 d.A. Templin
2. [REDACTED]
3. [REDACTED]
2. [REDACTED], [REDACTED]
Bau-Union Brandenburg, Objekt Gr. Dölln.

Wesentliches Ermittlungsergebnis

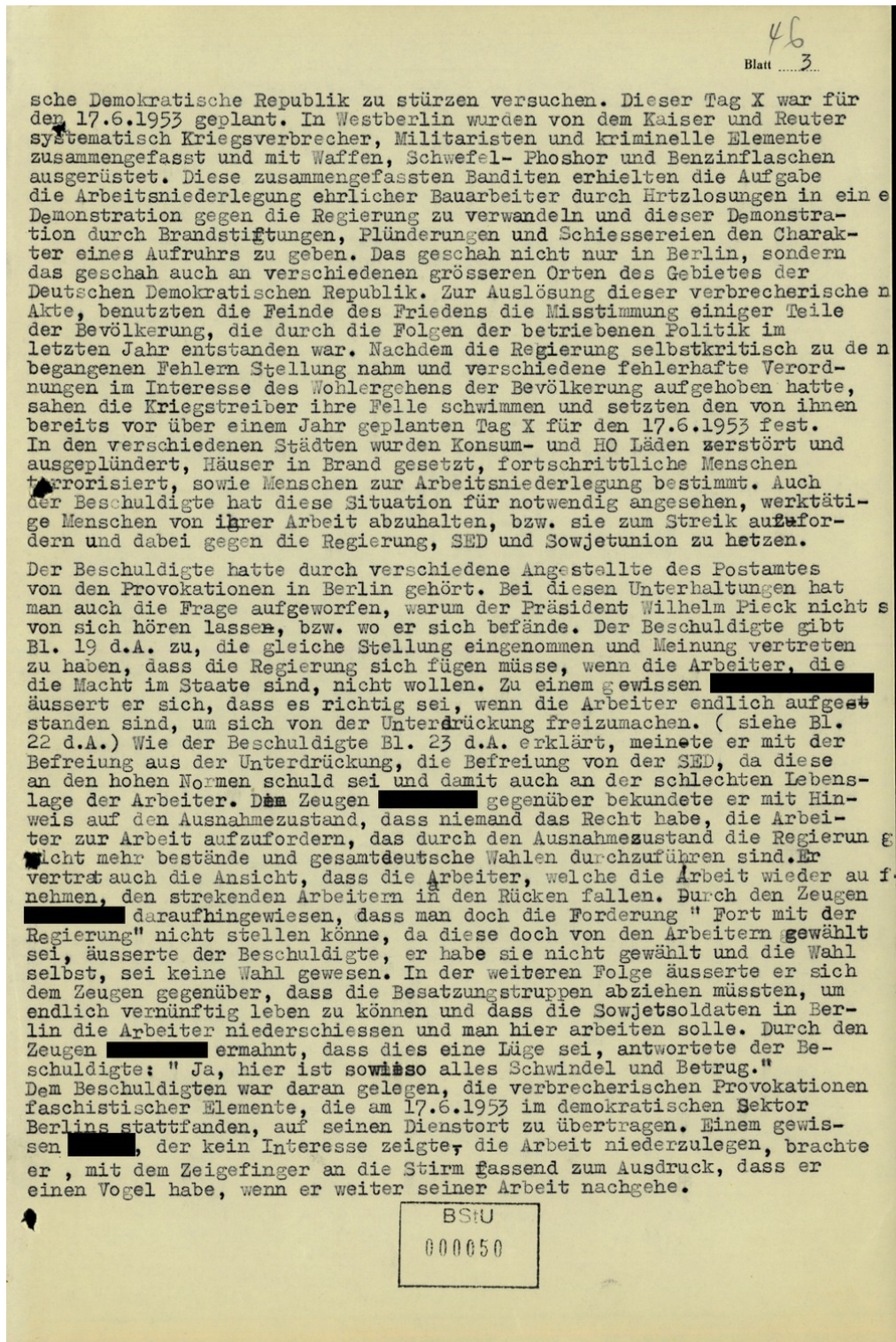
Der Beschuldigte wurde als Sohn eines Arbeiters geboren. Von 1935 bis 1943 besuchte er die Volksschule. Dann trat er als Lehrling bei der Post in die Lehre. Infolge des wiederholt notwendig gewordenen Wohnungswechsels in den Jahre 1944 bis 1945 konnte er die Lehre nicht beenden. Nach der Kapitulation arbeitete er im Getreidespeicher in der Stadt Nannhof bis Oktober 1945. Alsdann kehrte er nach Frankfurt an der Oder zurück. Nach Verrichtung verschiedener Gelegenheitsarbeiten begann er seine Laufbahn bei der Post weiter und machte im September 1946 seine Prüfung. Bis September 1951 war er bei der Post in Frankfurt Oder angestellt. Alsdann erfolgte sein Einsatz als [REDACTED] bei der [REDACTED] in Frankfurt/Oder. Ende Juni 1952 wurde er entlassen, da er sich einer Werbung für die VP gegenüber ablehnend verhielt. Wie er Bl. 15 d.A. erklärt, hatte er sich zum Grundsatz gemacht, niemals ein Gewehr in die Hand zu nehmen, ganzgleich für welchen Zweck bzw. für welches Ziel. Er begann alsdann eine Tätigkeit als Tiefbauarbeiter bei der [REDACTED] Rostock. Im November 1952 wechselte er erneut seine Stellung und betätigte sich im Kreise Templin im Strassenbau. Angeblich wegen Fröst wurde er am 10. Januar 1953 entlassen. Etwa 5 Tage später erfolgte seine Einstellung als Angestellter bei der Post in Templin. In dieser Stellung hatte er mit 14 tägigem Wechsel den Postschalter im Objekt [REDACTED] zu versehen. Diese Tätigkeit übte er bis zu seiner Festnahme aus.

Von März 1950 - Juni 1952 war der Beschuldigte Kandidat der SED.

Zur Sache

In den letzten Monaten haben die Völker des Friedens eine gewaltiges Anwachsen der Kräfte des Friedenslagers zu verzeichnen gehabt. In Korea steht der Waffenstillstand bevor. In Italien errang das Volk einen grossen Sieg über die Reaktion. In England und Frankreich wächst der Widerstand gegen die Teilnahme an der amerikanischen Kriegspolitik. In Westdeutschland kämpfen die Patrioten für die Wiedervereinigung Deutschlands. Infolge dieser Umstände sind die amerikanischen und deutschen Kriegstreiber in eine schwere Lage geraten. Sie erkennen, das Scheitern ihrer Pläne. Der von ihnen möglichst rasch zu entfesselnde 3. Weltkrieg rückt in die Ferne. In dieser Beunruhigung greifen sie zu abenteuerlichen, ja verbrecherischen Massnahmen. Eine dieser Massnahmen ist die Festsetzung des Tages X, an dem sie von Berlin aus die Deut-

Anklageschrift gegen einen Postangestellten wegen "Boykotttette" während des Volksaufstandes



Anklageschrift gegen einen Postangestellten wegen "Boykotttätze" während des Volksaufstandes

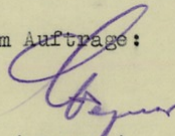
47
Blatt 4

Die der Zeuge [REDACTED] Bl. 41 d.A. unter anderem angibt, war es der Beschuldigte, der gelegentlich eines geführten Telefongesprächs dem Teilnehmer gegenüber ausserte, : " Da haben wir es, sind sie wieder den Arbeitern in den Rücken gefallen, na es wird Zeit, denn lange genug haben sie uns geknebelt. "

Das Verhalten des Beschuldigten zeigt aber darüberhinaus, dass er die gegebene Situation auszunutzen versuchte, Werkstätige Menschen gegen die Regierung bzw. gegen die S.E.D., nachdem beide den Werkstätigen gegenüber zu den begangenen Fehler selbstkritisch Stellung genommen hatten, aufzuhetzen, das aber auch gegen die Rote Armee der alle Werkstätigen verdanken, dass der Frieden bisher erhalten blieb. Er hat sich durch sein Tun vom Lager des Friedens abgesondert und den westimperialistischen Kriegstreibern, sowie den deutschen Handlagern bei ihren Vorbereitung zum Krieg Hilfe geleistet. Dem Willen der Werkstätigen entsprechend wird die demokratische Justiz über ihn das gerechte Urteil zu fällen haben.

Es wird beantragt:

- 1.) Das Hauptverfahren zu eröffnen
- 2.) Termin zur Hauptverhandlung anzuberaumen unter verkürzter Ladungsfrist gem. § 184 STPO
- 3.) Die Haftfortdauer zu beschliessen.

Im Auftrage:

(Wegner)
Staatsanwalt

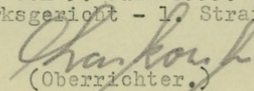
BStU
000051

Vfg.:

- 1) Termin zur Hauptverhandlung vor dem 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Neubrandenburg wird auf

Montag, den 3. Jüli 1953, 14,00 Uhr

anberaumt.
- 2) Es sind zu laden: ✓
 - a) der Angeklagte mit Anklage und E - Beschluss, ✓
 - b) RA. Zumpfe, Neubrandenburg als Officialverteidiger, ✓
 - c) *hgr. Conf. Sublage* ✓ *gel. am 4.7.53 Tel. dinst 22. Aug. Temp.*
- 3) Nachricht vom Termin an die Staatsanwaltschaft. ✓ *gef. in alle. Bve. 3/7.53*
- 3) Zum Termin.

Nbg., den 3. Juli 1953.
Bezirksgericht - 1. Strafsenat

(Oberrichter.)

1